



N i e d e r s c h r i f t

über die 20. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung,
Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung
in der Wahlperiode 2023/2027 am 04.03.2025

Sitzungsraum: Ella Kappenberg Saal, Friedrich-Schiller-Haus
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:57 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitzende

Erste Beisitzerin von Twistringen (CDU)

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Caloglu (für Herrn Stadtverordnetenvorsteher von Haaren)
Herr Stadtverordneter Dr. Hammann
Frau Stadtverordnete Ruser
Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Frau Stadtverordnete Milch (für Frau Stadtverordnete Kargoscha)

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Frau Stadtverordnete Schiller

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

WfB-Fraktion

Frau Stadtverordnete Ax

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Litau (für Herrn Stadtverordneten Miholic)

Fraktion DIE MÖWEN

Frau Stadtverordnete Knorr (für Frau Stadtverordnete Brand)

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Beratende Mitglieder

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld, MdBB
Herr Stadtverordneter Schuster, MdBB

Entschuldigt

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)
Frau Stadtverordnete Brand (MÖWEN)
Frau Stadtverordnete Kargoscha (CDU)
Herr Stadtverordneter Miholic (FDP)

Schriftführung:

Herr Littmann
Herr Jährling

Weitere Teilnehmende:

Rechnungsprüfungsamt:

Herr Thiele
Frau Meyer
Frau Noormann
Frau Pinter
Frau Reichert
Herr Tober

Gesamtpersonalrat:

Herr Riebensahm

Personalrat AVD:

Herr Schildt

Gesamtschwerbehindertenvertretung:

Herr Thomas

Migrationsrat:

Herr Ionescu

Erste Beisitzerin VON TWISTERN eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Sie stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist. Sie weist auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 11 der Verfassung der Stadt Bremerhaven hin.

Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht.

Beschluss (Tagesordnung):

Der Ausschuss ist mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden.

Der Beschluss ergeht bei 1 Nein-Stimme (Timke).

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

2. Genehmigung der Niederschrift

2.1. Niederschrift über die 18. öffentliche Sitzung am 19.11.2024

**V+G/VGB
16/2025**

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss ergeht bei 3 Enthaltungen (Caloglu, Litau, Milch).

3. Sachstandsbericht

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

**V+G/VGB
20/2025**

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4. Vorlagen/Vorträge

4.1. Petitionen

4.1.1. Petition i. S. "Der Generalmusikdirektor muss Teil der Theaterleitung bleiben!"

**V+G/P
14/2024 - 2**

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Der Petitionsausschuss hat die Eingabe geprüft und hat sich ausführlich über die Sach- und Rechtslage informieren lassen.

Der Petitionsausschuss sieht keine Möglichkeit, dem Anliegen zum Erfolg zu verhelfen. Das Vorbringen lässt nicht erkennen, inwieweit der Ausschuss im Sinne des Artikel 17 GG tätig werden könnte.

Der Petitionsausschuss sieht keine Veranlassung, dem Magistrat Maßnahmen zu empfehlen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Petition als unbegründet zurückzuweisen.

Der Beschluss ergeht bei 3 Enthaltungen (Ax, Knorr, Schiller).

4.1.2. Petition i. S. "Kindergartenneubau ja, aber nicht im ROTLICHTMILIEU"

**V+G/P
16/2024 - 2**

Stadtverordnete MILCH führt in die Petition ein und trägt die Stellungnahme der Berichterstatterin Kargoscha, welche bei der heutigen Sitzung entschuldigt ist, vor. Sie berichtet, dass die Berichterstatterinnen Kargoscha und Schiller im Februar 2025 eine Geländebegehung durchgeführt haben. Im Anschluss folgte dann ein Gespräch mit Herrn Reichstein, stellvertretender Amtsleiter des Amtes für Jugend, Familie und Frauen sowie Abteilungsleiter für Kinderförderung, über die Petition.

Sie führt aus, dass zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsam mit der Petentin der neue Standort besichtigt worden sei. Bei diesem Ortstermin habe Herr Reichstein detailliert erklärt, wo der Neubau vorgesehen sei, welche Bäume erhalten bleiben sollen und welche Auswirkungen der Standort des Neubaus auf die Sozialstruktur des Stadtviertels und die Biografien der am neuen Standort betreuten Kinder haben könnte. Sie weist darauf hin, dass die Stadt zudem gesetzlich verpflichtet sei, jedem Kind einen Kita-Platz anzubieten und die steigenden Kinder-Zahlen und der Wegfall der bisherigen Einrichtungen in der Umgebung würden den Neubau dringend erforderlich machen. Alternativen seien intensiv geprüft wurden, wobei in Abstimmung mit dem Landesjugendamt der Standort an der Weichselstraße als geeignet und wirtschaftlich tragfähig eingestuft. Sie führt fort, dass beide Berichterstatterinnen die Nähe der Kita zum Rotlichtviertel als unbegründet bewerten. Die bestehende Kita liege nur 50 Meter entfernt und habe seit Jahren keine Probleme zum Rotlichtviertel. Zudem werde das Kita-Gelände vollständig eingezäunt. Sie verweist auf eine Unterschriftenaktion mit 599 Unterschriften, welche sich für den Bau der Kita aussprechen.

Sie trägt abschließend die in der Vorlage verkürzte Darstellung der Begründung der Berichterstatterinnen vor.

Stadtverordnete SCHILLER teilt mit, dass die in der Vorlage hinterlegte verkürzte Darstellung der Begründung der Berichterstatterinnen mit ihr nicht abgestimmt gewesen sei und sie daher folgenden Hinweis zu Protokoll gibt:

„Bei dem Bericht in der Vorlage V+G/P 16/2024 - 2 handelt es sich um eine ohne Rücksprache mit der zweiten Berichterstatterin Elena Schiller gekürzte Version des zuvor von den beiden Berichterstatterinnen gemeinsam verfassten Berichts.“

Den Punkt 2. der Begründung des Beschlussvorschlags hinter „Klimaanpassung“ ergänzt sie wie folgt: *„eine als unzureichend beschriebene Prüfung alternativer Standorte, ungeklärte vergaberechtliche Fragen sowie der Beginn der Umsetzung des Bauvorhabens vor Abschluss vorliegender Petition sowie abschließender Klärung der offenen Fragen“.*

Stadtverordnete AX bringt vor, dass es in den letzten Monaten mehrere Raubüberfälle in Bremerhaven Lehe gegeben haben solle. Sie sieht die Notwendigkeit einer stärkeren

Polizeipräsenz. Es sei bedauerlich, dass die Bäume vor der Begehung entfernt wurden. Bei der Begehung sei ihr gezeigt worden, wie der Kindergarten geschützt werde. Hier sei sie einer Meinung mit der Koalition.

Stadtverordnete MILCH bittet die Stadtverordnete Ax um Mitteilung, ob aufgrund der von ihr genannten tragischen Vorfälle nun alle Kitas im Stadtteil Lehe geschlossen werden sollten.

Stadtverordneter TIMKE fragt die SPD-Stadtverordneten, ob der in der Anlage 3 unter dem ersten Spiegelpunkt aufgeführte Punkt die Argumentation von Stadtrat Günthner sei.

Stadtverordneter VIEBROK antwortet, dass sich Herr Timke mit der Frage direkt an Stadtrat Günthner wenden möge.

Stadtverordnete AX erklärt, dass die WfB-Fraktion nichts gegen den Kindergarten habe. Sie habe Vorfälle in Lehe aufgezeigt und eine stärkere Polizeipräsenz gefordert.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Der Ausschuss folgt dem Beschlussvorschlag der Berichterstatterinnen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Petition als unbegründet zurückzuweisen.

Der Beschluss ergeht bei 1 Enthaltung (Knorr).

4.2. Verfassung, Geschäftsordnung und Bürgerbeteiligung

4.2.1. Sachstandsberichte zur Situation von Geflüchteten in Bremerhaven V+G/VGB 4/2025

Stadtverordnete KNORR bittet um Mitteilung, ob der Bericht künftig weiterhin frei zugänglich sein werde.

Herr JÄHRLING teilt mit, dass der Bericht, sollte man dieser Vorlage zustimmen, künftig umfangreicher werde und im öffentlichen Teil bei den in der Vorlage genannten Ausschüssen beraten werden solle.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung stimmt dem Vorschlag von Stadtrat Günthner zu, dass der

„Sachstandsbericht Geflüchtete und unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche (umA)“ mit sofortiger Wirkung zu Beginn eines jeden Jahres im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung, im Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen sowie im Jugendhilfeausschuss beraten wird.

Eine Befassung durch die Stadtverordnetenversammlung ist nicht mehr vorgesehen.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

5. Anträge

5.1. Antrag - Petitionen mit Petent*innen auf Augenhöhe beraten (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN +P)

**V+G/VGB
21/2025**

Stadtverordnete SCHILLER begründet kurz den Antrag. Sie kritisiert, dass der bisherige Umgang mit Petentinnen und Petenten nicht gut gewesen sei. Aus ihrer Sicht sei ein einmaliges Rederecht für Petentinnen und Petenten im Ausschuss von 5 Minuten nicht ausreichend. Sie spricht sich dafür aus, dass sich Petentinnen und Petenten auch an der Beratung im Ausschuss beteiligen können sollten.

Stadtverordneter TIMKE und Stadtverordnete Ax stimmen den Ausführungen der Stadtverordneten Schiller zu.

Stadtverordnete MILCH teilt mit, dass die Koalition dem Antrag nicht zustimmen werde. Die Koalition lehne es ab, dass die Petenten mit dem Ausschuss die Petition diskutieren. Sie verweist auf die Verfahrensordnung, wonach Berichterstattende eingesetzt werden, welche sich mit der Petentin bzw. dem Petenten in Verbindung setzen sollten und hierüber bereits offene Fragen klären sollten.

Stadtverordneter SCHUSTER wirft der Stadtverordneten Milch vor, dass was die Koalition hier mache, keine Bürgerbeteiligung sei, sondern eine Art der Diskriminierung. Aus seiner Sicht möchte die Koalition alle unliebsamen Meinungen mundtot machen. Er unterstützt den Antrag der Stadtverordneten Schiller.

Stadtverordnete SCHILLER bekräftigt nochmals, dass aus ihrer Sicht kein ausreichender Austausch mit den Petentinnen und Petenten stattfinden würde.

Stadtverordneter SCHUSTER stellt folgenden Änderungsantrag zur Vorlage:
„Der Antrag wird bis zur nächsten Sitzung vertagt.“

Weiteren Wortmeldungen: Knorr, Lichtenfeld, Schiller, Timke, Viebrok, von Twistern

Beschluss (Änderungsantrag Schuster):
Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 5 Ja-Stimmen (Ax, Jürgewitz, Knorr, Schiller, Timke).

Beschluss:
Der Ausschuss lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 5 Ja-Stimmen (Ax, Jürgewitz, Knorr, Schiller, Timke).

6. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

7. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

8. Verschiedenes

Keine Wortmeldungen

Erste Beisitzerin VON TWISTERN schließt die Sitzung um 16:57 Uhr.

Vorsitzende

Schriftführung

I. von Twistern
Erste Beisitzerin

Littmann